Stand: 13.12.2025 04:56:46

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/5004

"Nein zum Preisschock auf Sprit und Heizen: CO2-Abgabe abschaffen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/5004 vom 18.02.2025
2. Plenarprotokoll Nr. 42 vom 19.02.2025
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/6090 des UV vom 13.03.2025
4. Plenarprotokoll Nr. 48 vom 09.04.2025
5. Beschluss des Plenums 19/6796 vom 21.05.2025
6. Plenarprotokoll Nr. 51 vom 21.05.2025

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 18.02.2025 **Drucksache 19/5004**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Prof. Dr. Ingo Hahn, Markus Walbrunn, Johannes Meier, Florian Köhler, Oskar Lipp** und **Fraktion (AfD)**

Nein zum Preisschock auf Sprit und Heizen: CO_2-Abgabe abschaffen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für die Abschaffung der CO_2-Abgabe und des Brennstoffemissionshandelsgesetzes (BEHG) einzusetzen.

Die Staatsregierung wird weiterhin aufgefordert, sich auf EU-Ebene für den Ausstieg Deutschlands aus dem geplanten Europäische Emissionshandelssystem II (ETS II) einzusetzen.

Begründung:

Am 31. Januar 2025 hat eine Mehrheit von CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD im Bundestag beschlossen, die CO_2-Abgabe, die im nationalen Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) geregelt ist, in das Europäische Emissionshandelssystem II (ETS II) zu überführen. Ursprünglich wurde die CO_2-Abgabe 2021 von der CDU/CSU-geführten Bundesregierung eingeführt, was die wirtschafts- und bürgerfeindliche Ausrichtung der Union unterstreicht.

Die CO_2-Abgabe gilt für fossile Energieträger in den Sektoren Heizen, Gebäude und Verkehr. Im Jahr 2021 betrug sie 25 Euro pro Tonne CO_2 und erreichte 2025 bereits 55 Euro pro Tonne CO_2. Laut Gesetz soll die CO_2-Abgabe 2026 auf 65 Euro pro Tonne CO_2 ansteigen und ab 2027 durch das ETS II über Angebot und Nachfrage von Emissionszertifikaten reguliert werden. Ziel ist es, durch eine kontinuierliche Reduzierung der Zertifikate eine vollständige Dekarbonisierung der Gesellschaft zu erzwingen.

Im Jahr 2024 belasteten ETS I und das BEHG die deutsche Wirtschaft bereits mit 18,4 Mrd. Euro (Umweltbundesamt, 2025), was durchschnittlich 440 Euro pro Haushalt entspricht.

Auswirkungen auf die Preise für fossile Brennstoffe

Führende Forschungsinstitute prognostizieren durch die Einführung des ETS II einen drastischen Anstieg des CO_2-Preises. Der Durchschnittswert aus sieben Studien liegt bei 235 Euro pro Tonne CO_2.

Daraus ergeben sich folgende zusätzliche Preissteigerungen:

Energieträger	Preiserhöhung durch CO_2-Abgabe i. H. v. 235 Euro/t CO_2 im Vergleich zum Basisjahr ohne CO_2-Abgabe
Benzin (Cent/Liter)	55
Diesel (Cent/Liter)	62
Heizöl (Cent/Liter)	67
Heizöl (Cent/kWh)	7

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Erdgas (Cent/kWh)	5
Erdgas (Cent/m³)	46
Müllverbrennung (Cent/kWh)	7
Müllverbrennung (Euro/Tonne Müll)	66,80

Die Auswirkungen auf die durchschnittlichen Bruttopreise fossiler Energieträger wären erheblich:

Energieträger	Durchschnittlicher Bruttopreis 02. Februar 2025	Durchschnittlicher Brutto preis mit einem ETS II-Preis von 235 Euro/t CO_2
Benzin (Cent/Liter)	175	214
Diesel (Cent/Liter)	168	213
Heizöl (Cent/Liter)	97	146
Heizöl (Cent/kWh)	10	15
Erdgas (Cent/kWh)	10	14
Erdgas (Cent/m³)	100	134
Müllverbrennung (Euro/Tonne Müll)	142	192

Dieser Anstieg der CO_2-Bepreisung wird insbesondere die unteren und mittleren Einkommensschichten belasten, da Heizen und Mobilität in ihrem Budget eine größere Rolle spielen als bei Spitzenverdienern.

Inflationswirkung

Auf Basis einer ökonomischen Analyse des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) von 2020 kann die Inflationswirkung abgeschätzt werden. Ein Anstieg des CO_2-Preises von 65 Euro auf 235 Euro pro Tonne CO_2 würde den Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) im Jahresvergleich um 8,2 Prozentpunkte steigen lassen. Im Vergleich zum Basisjahr 2020 ohne CO_2-Abgabe beträgt der kumulative preistreibende Effekt 11,5 Prozent.

Alternative: Abschaffung der CO_2-Abgabe

Die AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag fordert die vollständige und sofortige Abschaffung der CO_2-Bepreisung. Die Abschaffung der CO_2-Abgabe im Rahmen des BEHG/ETS II würde, ceteris paribus, die durchschnittlichen Bruttopreise von fossilen Energieträgern für das Verkehrs- und Wohnungswesen erheblich senken:

Von der Abschaffung der CO_2-Abgabe würden besonders untere und mittlere Einkommensschichten profitieren, da Heizen und Verkehr einen erheblichen Anteil ihrer Konsumausgaben ausmachen.

Zudem führt eine einseitige CO_2-Bepreisung in Deutschland und der EU nicht zu einer globalen Reduzierung der CO_2-Emissionen, sondern kann diese sogar erhöhen. Die erzwungene Senkung der deutsch-europäischen Nachfrage nach fossilen Energieträgern bewirkt einerseits, dass Förderstaaten ihre Produktion aus Angst vor zukünftigen Wertverlusten ausweiten. Andererseits sinken dadurch die Preise für fossile Energieträger, was deren Verbrauch in Ländern und Regionen erhöht, die sich der europäischen Dekarbonisierungspolitik nicht anschließen – allen voran in den USA und China (H.W. Sinn, ifo Institut, Wirtschaftsbeirat Bayern). Infolgedessen ist sowohl die globale Fördermenge als auch die Nachfrage nach Rohöl in den letzten 20 Jahren und selbst nach den Corona-bedingten Einschränkungen weiter gestiegen (KPMG, OPEC, 2025), was zu einem anhaltenden Anstieg der weltweiten anthropogenen CO_2-Emissionen geführt hat (Statista, 2025).

Die Rüstungseinschränkungen sind uns natürlich bekannt. Ich weiß auch, dass die Landesbank die eigene Politik im Rahmen dessen, was möglich ist, geändert hat, um mehr Geld zur Finanzierung zur Verfügung stellen zu können. Das zeigt nur, dass Taxonomie und Green Deal Irrwege sind, ein europäischer Holzweg.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Staatsminister. – Weitere zulässige Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Hierzu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER und der CSU-Fraktion auf Drucksache 19/5003 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der AfD und der SPD. Stimmenthaltungen! – Stimmenthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Hiermit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wer dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 19/5025 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der AfD. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 19/5004 und 19/5005 werden im Anschluss an die heutige Sitzung in den jeweils zuständigen federführenden Ausschuss verwiesen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 8** auf:

Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Gerd Mannes, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
Folgen und Auswirkungen des Windkraftausbaus auf Bodentemperaturen und lokale Strömungssysteme ermitteln
(Drs. 19/3811)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion.

(Unruhe)

Der erste Redner ist Herr Abgeordneter Prof. Dr. Ingo Hahn für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Ich möchte um etwas Ruhe bitten. Ich bitte Sie außerdem, Platz zu nehmen.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Werter Herr Vizepräsident, meine geschätzten Damen und Herren! Mit diesem Antrag möchte die AfD-Fraktion erreichen, dass die Staatsregierung eine unabhängige wissenschaftliche Studie zu den Auswirkungen und Folgen des Windkraftausbaus durchführen lässt. Dabei soll es um zwei Faktoren gehen, nämlich die Bodentemperatur und die Strömungssysteme, Stichwort Wind.

Bereits im Jahr 2018 wurde in den USA eine solche Studie durchgeführt. Die USA sind manchmal schneller und besser und haben auch den nötigen Willen dazu. In dieser Studie wurden lokale Temperaturen untersucht. Dabei war besonders auffällig, dass die Erwärmung besonders bei großen Windkraftanlagen und signifikant

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 13.03.2025 **Drucksache** 19/**6090**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Drs. 19/**5004**

Nein zum Preisschock auf Sprit und Heizen: CO2-Abgabe abschaffen!

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Oskar Lipp**
Mitberichterstatter: **Leo Dietz**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 19. Sitzung am 13. März 2025 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   FREIE WÄHLER: Ablehnung
   AfD: Zustimmung
   B90/GRÜ: Ablehnung
   SPD: Ablehnung
   Ablehnung empfohlen.

Alexander Flierl
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über Europaangelegenheiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die endgültige Abstimmungsliste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der endgültigen Abstimmliste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind offensichtlich sämtliche Fraktionen. Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann übernimmt der Landtag diese Voten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Hinblick auf die Tagesordnungspunkte 3 und 4 – Wahl einer Vizepräsidentin oder eines Vizepräsidenten des Bayerischen Landtags und Wahl einer Schriftführerin oder eines Schriftführers des Bayerischen Landtags – hat die AfD-Fraktion eine Begründung der Wahlvorschläge sowie eine gemeinsame Aussprache beantragt. Hierüber soll auf Antrag der AfD-Fraktion gemäß § 42 Absatz 2 Satz 2 unserer Geschäftsordnung in der Vollversammlung eine Entscheidung herbeigeführt werden. Ich lasse daher jetzt über diesen Antrag abstimmen.

Wer dem Antrag der AfD-Fraktion auf Begründung und gemeinsame Aussprache zu den Wahlvorschlägen eines Vizepräsidenten und eines Schriftführers im Hinblick auf die Tagesordnungspunkte 3 und 4 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die CSU-Fraktion, die FREIEN WÄHLER, die SPD-Fraktion sowie BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Europaangelegenheiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheiten

1. Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Haushalt
Der nächste langfristige Haushalt der EU
(Mehrjähriger Finanzrahmen, MFR)
- Leistung des EU-Haushalts
- Verwendung von EU-Mitteln zusammen mit Mitgliedstaaten und Regionen
- EU-Mittel für das auswärtige Handeln
- EU-Mittel für Katastrophenschutz, Vorsorge und Reaktion auf Krisen
- EU-Mittel für Wettbewerbsfähigkeit
- EU-Förderung für den Binnenmarkt, und Zusammenarbeit zwischen den nationalen Behörden
- EU-Mittel für grenzüberschreitende, allgemeine und berufliche Bildung und Solidarität, junge Menschen, Medien, Kultur und Kreativwirtschaft, Werte und die Zivilgesellschaft

12.02.2025 - 07.05.2025
Drs. 19/5480, 19/6235

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt die auf Drs. 19/6235 veröffentlichte Stellungnahme ab.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	ENTH	ENTH

2. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Der Weg zum nächsten mehrjährigen Finanzrahmen
COM(2025) 46 final; Ratsdok. 6184/25
BR-Drs.78/25
Drs. 19/5838, 19/6236

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt die auf Drs. 19/6236 veröffentlichte Stellungnahme ab.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	ENTH	ENTH

Anträge

3. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Christiane Feichtmeier, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Keine Abwälzung von Polizeikosten bei Sport- und Kulturveranstaltungen!
Drs. 19/4674, 19/6160 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

4. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Florian von Brunn, Sabine Gross u.a. SPD
Bayern ist Honigland: Europäisches Referenzlabor im Freistaat ermöglichen
Drs. 19/4731, 19/6058 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	A	Z	Z

5. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Stephanie Schuhknecht u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ergebnisse des Normenkontrollrates veröffentlichen!
Drs. 19/4753, 19/6076 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	Z	Z

6. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Aktionsplan QUEER: alle Ministerien in die Pflicht nehmen – keine Kürzungen bei laufenden Projekten!
Drs. 19/4805, 19/6062 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachrechnen ermöglichen – mehr Transparenz bei der Grundsteuerreform
Drs. 19/4815, 19/6161 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	Z	Z

8. Antrag der Abgeordneten Markus Walbrunn, Oskar Atzinger, Ramona Storm und Fraktion (AfD)
Bericht über Ergebnisse und Konsequenzen der internationalen Vergleichsstudie ICILS 2023
Drs. 19/4887, 19/6071 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

9. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Strategische Rohstoffversorgung für Bayerns Wirtschaft: Zukunftssicherung mit günstigen Seltenen Erden
Drs. 19/4892, 19/6077 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

10. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Wiederinbetriebnahme des Kernkraftwerks Isar II sicherstellen
Drs. 19/4893, 19/6078 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

11. Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer, Maximilian Böltl, Andreas Schalk u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Markus Saller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Der Staat als Kunde – Vergabeverfahren Startup-freundlicher gestalten
Drs. 19/4971, 19/6084 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

12. Antrag der Abgeordneten Franz Schmid, Elena Roon, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Sonderurlaub bei Todesfall
Drs. 19/4983, 19/6063 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	**ohne**	A

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat beantragt, das Votum **„Ablehnung“** zugrunde zu legen.

13. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Gerd Mannes, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
Ekel-Food kennzeichnen – Schockbilder auf Lebensmittel mit Insektenanteil anbringen!
Drs. 19/4985, 19/6087 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

14. Antrag der Abgeordneten Harald Meußgeier, Prof. Dr. Ingo Hahn, Gerd Mannes u.a. und Fraktion (AfD)
Windkraftausbau nicht auf Kosten der Umwelt forcieren I: Illegale Abfallentsorgung von Windenergieanlagen entschieden bekämpfen
Drs. 19/4993, 19/6088 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

15. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Gerd Mannes, Harald Meußgeier u.a. und Fraktion (AfD)
Windkraftausbau nicht auf Kosten der Umwelt forcieren II: Moratorium für bestehende Windkraftprojekte auf den Weg bringen
Drs. 19/4994, 19/6089 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

16. Antrag der Abgeordneten Holger Dremel, Alfred Grob, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Heinisch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Polizeikosten bei Sport- und Kulturveranstaltungen
Drs. 19/4997, 19/6162 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

17. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Nein zum Preisschock auf Sprit und Heizen: CO_2-Abgabe abschaffen!
Drs. 19/5004, 19/6090 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

18. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Nicole Bäumler, Doris Rauscher u.a. SPD
Sprachstandstests korrekt umsetzen und Lehrkräfte angemessen entlohnen
Drs. 19/5019, 19/6072 (E)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

19. Antrag der Abgeordneten Katja Weitzel, Volkmar Halbleib, Holger Grießhammer u.a. SPD
Kein Maulkorb für die Kirchen – die Stimme der Menschlichkeit kann gar nicht laut genug sein
Drs. 19/5021, 19/6073 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

20. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Birzele u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Digitale Ausgabe von Parkausweisen für Handwerkerinnen und Handwerker, Handelsvertretungen und Soziale Dienste ermöglichen
Drs. 19/5087, 19/6098 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

21. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Maximilian Deisenhofer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Keine Gebührenbescheide an Drittligisten – Stadionallianzen ausbauen und Polizeikosten reduzieren
Drs. 19/5088, 19/6163 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

22. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Ursula Sowa u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht über die Zwischenergebnisse der Pilotprojekte zum Gebäudetyp E
Drs. 19/5092, 19/6099 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

23. Antrag der Abgeordneten Dr. Ute Eiling-Hütig, Tanja Schorer-Dremel, Alfred Grob u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Anreize für den Lehrberuf erhöhen – Einstellungs- und Versetzungsverfahren optimieren
Drs. 19/5105, 19/6074 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	ENTH	Z

24. Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer, Helmut Schnotz, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Modernisierung des Förderwesens durch Einführung einer volldigitalen Förderplattform
Drs. 19/5124, 19/6079 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

25. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Florian von Brunn, Sabine Gross u.a. SPD
Biss in die Zukunft: Kostenloses Obst und Gemüse für alle Kinder in Bayern!
Drs. 19/5131, 19/6059 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

26. Antrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)
Mehr Bundesmittel für die Eingliederungshilfe
Drs. 19/5133, 19/6064 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

27. Antrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)
Konzeption und Implementierung eines digitalen Finder-Systems für Einrichtungen für Menschen mit Behinderung
Drs. 19/5169, 19/6065 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

28. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Prof. Dr. Winfried Bausback, Martin Wagle, Robert Brannekämper u.a. CSU
Neue Perspektiven zur Gewinnung von Spitzenforschern in zukunftsträchtigen Bereichen für den Wissenschaftsstandort Bayern stärken! Möglichkeiten nach dem Regierungswechsel in den Vereinigten Staaten nutzen.
Drs. 19/5180, 19/6061 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

29. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Erkundung und Bewertung von Wasserstoffvorkommen in den Bayerischen Alpen
Drs. 19/5186, 19/6080 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

30. Antrag der Abgeordneten Robert Brannekämper, Prof. Dr. Winfried Bausback, Franc Dierl u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Für eine Neuausrichtung von Provenienzforschung und Restitution in Bayern
Drs. 19/5187, 19/6060 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

31. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Koalitionsvertrag einhalten: Grundstückskäufe für die 3. Startbahn am Flughafen München sofort einstellen!
Drs. 19/5204, 19/6086 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

32. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Auswirkungen der CO_2-Abgabe auf die bayerische Wirtschaft eruieren und tragfähige Konzepte zum Schutz heimischer Unternehmen entwickeln
Drs. 19/5206, 19/6081 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

33. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Solarstrom in Bayern effektiv nutzen und Abregelungen reduzieren – Netzengpässe beheben und weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien ermöglichen
Drs. 19/5208, 19/6082 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

34. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Petra Högl, Tanja Schorer-Dremel, Leo Dietz u.a. CSU
Süßkartoffeln nicht als Genussmittel betrachten, Steuersatz anpassen!
Drs. 19/5392, 19/6085 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

35. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Nicole Bäumler, Ruth Waldmann u.a. SPD
Für Bayerns Kitas VII – Zügige und unbürokratische Anerkennung ausländischer Abschlüsse
Drs. 19/5475, 19/6066 (ENTH)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

36. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Nicole Bäumler, Ruth Waldmann u.a. SPD
Für Bayerns Kitas VIII – Fachkräfte gewinnen
Drs. 19/5476, 19/6067 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

37. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Nicole Bäumler, Ruth Waldmann u.a. SPD
Für Bayerns Kitas IX – Stärkung der Ausbildung
Drs. 19/5477, 19/6068 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

38. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Nicole Bäumler, Ruth Waldmann u.a. SPD
Für Bayerns Kitas X – Unterschiede in den regionalen Herausforderungen in den bayerischen Kitas herausarbeiten
Drs. 19/5478, 19/6069 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

39. Antrag der Abgeordneten Jürgen Baumgärtner,
Martin Wagle, Konrad Baur u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
ALKIS-Freischaltung der Eigentümerdaten
Drs. 19/5678, 19/6100 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	A

40. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber,
Bernhard Seidenath, Carolina Trautner u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Roswitha Toso u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Unterstützung für Menschen mit Behinderung: Runder Tisch und weitere
Verbesserungen für Eltern und Betroffene bei der Einrichtungssuche
Drs. 19/5752, 19/6070 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	A	Z	Z

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 21.05.2025 **Drucksache** 19/**6796**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Markus Walbrunn, Johannes Meier, Florian Köhler, Oskar Lipp** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 19/**5004**, 19/**6090**

Nein zum Preisschock auf Sprit und Heizen: CO_2-Abgabe abschaffen!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner
Abg. Florian Köhler
Abg. Leo Dietz
Abg. Martin Stümpfig
Abg. Benno Zierer
Abg. Gerd Mannes
Abg. Anna Rasehorn

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 8** auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
Nein zum Preisschock auf Sprit und Heizen: CO2-Abgabe abschaffen!
(Drs. 19/5004)

Als Gesamtredezeit wurden 29 Minuten vereinbart. Ich eröffne die Aussprache. Der erste Redner ist Herr Kollege Florian Köhler für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Florian Köhler (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde der Freiheit und des Wohlstands! Mit dem heutigen Antrag fordern wir die Staatsregierung noch einmal dazu auf, sich auf Bundesebene für die Abschaffung der CO_2-Abgabe und des Brennstoffemissionshandelsgesetzes einzusetzen und sich auf EU-Ebene für den Ausstieg Deutschlands aus dem geplanten Europäischen Emissionshandelssystem 2 einzusetzen.

Wir stellen diesen Antrag, weil die Zukunft unserer Familien, unserer Arbeitsplätze und unserer Heimat auf dem Spiel steht. Die CO_2-Abgabe wurde von Schwarz-Rot eingeführt und belastet uns alle seit dem Jahr 2021. Die CO_2-Abgabe ist ein Schlag ins Gesicht der hart arbeitenden Menschen in unserem Land.

(Beifall bei der AfD)

Wir sagen: Genug ist genug! Es ist Zeit, diese Abgabe abzuschaffen und unser Land wieder auf Kurs zu bringen. Lasst uns mit den Fakten beginnen. Die CO_2-Abgabe, offiziell als CO_2-Preis bekannt, wurde eingeführt, um den Ausstoß von Treibhausgasen zu senken; aber wenn wir uns die Zahlen einmal näher ansehen, stellen wir fest: Im Jahr 2025 haben wir 55 Euro pro Tonne CO_2 gezahlt. Mittlerweile kommen sieben Forschungsinstitute übereinstimmend zum Schluss, dass die Überführung der

CO_2-Abgabe in das Europäische Emissionshandelssystem 2 zu einem drastischen Preisanstieg der CO_2-Bepreisung von 55 Euro auf durchschnittlich 235 Euro pro Tonne CO_2 ab dem Jahr 2027 führen kann bzw. wird.

Man geht davon aus, dass der Liter Benzin oder Diesel im Durchschnitt 2,14 Euro und Heizöl 1,46 Euro pro Liter, Erdgas 1,34 Euro pro Kubikmeter kosten soll. Wer soll sich das noch leisten können? Der Handwerker, der frühmorgens zur Baustelle fährt? Die Rentnerin, die ihre Heizung runterdreht, weil sie ihre Rechnung fürchtet? Das ist ungerecht und asozial.

(Beifall bei der AfD)

Was bringt diese Abgabe wirklich? – Jedes Mal, wenn die Regierung den CO_2-Ausstoß senken will, dann vernichtet sie in Wahrheit Arbeitsplätze. Die Bundesregierung hat zum Beispiel im Jahr 2023 behauptet, sie habe den CO_2-Ausstoß im Vergleich zum Vorjahr um etwa 10 % gesenkt; aber was sie dabei nicht gesagt hat, ist, dass ein Großteil dieser Reduktion durch die Regierung selbst verursacht wurde, als sie wegen der Corona-Einschränkungen die Wirtschaftskrise staatlich organisiert hat. Das war nicht die Abgabe, das war Regierungsversagen.

Währenddessen sind die Energiepreise explodiert. Gas ist seit dem Jahr 2021 um 73 % teurer geworden, Strom um 43 %. Und wer zahlt die Zeche? – Die Bürger und der Mittelstand. Blicken wir auf unsere Wirtschaft. Deutschland ist das industrielle Herz Europas; aber die CO_2-Abgabe macht uns das Leben schwer. Laut dem Bundesverband der Deutschen Industrie gefährdet die Abgabe 100.000 Arbeitsplätze in energieintensiven Branchen wie Stahl, Chemie oder Zement. Unsere Unternehmen verlieren Aufträge an Länder wie China, wo es keine oder zumindest nur eine geringe CO_2-Steuer für die Industrie gibt und der Ausstoß weiter steigen darf.

China baut jedes Jahr Dutzende neue Kohlekraftwerke, während die Regierung unseren Mittelstand buchstäblich stranguliert. China emittiert die meisten Treibhausgase

weltweit und trägt etwa 31 % zu den weltweiten CO_2-Emissionen bei, Deutschland gerade einmal 2 %.

Warum bestrafen wir als Land und Staat unsere eigene Industrie und unsere eigene Wirtschaft munter weiter? – Das kann man meiner Meinung nach niemandem rational erklären. Die Staatskanzlei, Berlin und Brüssel erzählen uns alle, diese Abgabe rettet das Klima; aber die Wahrheit ist, sie füllt die Staatskasse und macht die Bevölkerung ärmer. Im Jahr 2024 hat die CO_2-Abgabe dem Staat fast 20 Milliarden Euro eingebracht. Wo landet dieses Geld? – Im allgemeinen Haushalt. Es finanziert Bürokratie, Prestigevorhaben für übergeschnappte Bürgermeister und Landräte, die mit ihren freiwilligen Leistungen nicht zurechtkommen, und kommunale Klimaschutzbeauftragte – von den illegalen Migranten möchte ich gar nicht sprechen –, während der Handwerker und die alleinerziehende Mutter an der Tankstelle bluten müssen. Das muss aufhören.

(Beifall bei der AfD)

Auch wir wollen eine saubere Umwelt. Wir lieben unsere Heimat. Wir lieben unsere Wälder, unsere Flüsse und unsere Berge; aber die CO_2-Abgabe ist unserer Meinung nach der falsche Weg. Wir brauchen Innovationen, wir brauchen moderne Kernkraft und moderne Verbrennungsmotoren. Deutschland ist das Land der Ingenieure. Lassen Sie das Land und die Leute Lösungen entwickeln, die Arbeitsplätze schaffen, statt sie zu zerstören. Es wäre ein Befreiungsschlag, diese CO_2-Abgabe abzuschaffen.

Wir kämpfen für ein starkes, freies und wohlhabendes Deutschland, das auf Innovationen statt auf Abgaben setzt. Sagt Nein zur CO_2-Abgabe!

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht Kollege Leo Dietz für die CSU-Fraktion.

Leo Dietz (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Was uns die AfD heute hier im Plenum präsentiert, ist einmal mehr der durchsichtige Versuch, ihre rückwärtsgewandte Ideologie unter dem Deckmäntelchen einer bürgerfreundlichen Politik zu machen. Die AfD fordert die Abschaffung der CO_2-Bepreisung und spricht sich dafür aus – man höre und staune –, die Bürgerinnen und Bürger finanziell zu entlasten; aber lassen Sie mich das mit aller Deutlichkeit sagen: Wer sich wie die AfD energiepolitisch weiter an Russland ketten will, der hat seit dem 24. Februar 2022 nichts, aber auch gar nichts gelernt.

(Widerspruch bei der AfD)

Dieser Antrag hat mit der ehrlichen Sorge um kleine und mittlere Einkommen rein gar nichts zu tun. Es geht der AfD nicht um Entlastung, sondern es geht ihr wieder einmal um ihre altbekannte Spezialdisziplin: Wir hauen einfach einmal einen raus, wir behaupten irgendetwas, aber im Hintergrund versuchen wir trotzdem, Moskaus Interessen zu bedienen.

(Widerspruch bei der AfD)

Meine Damen und Herren, wer sich das aktuelle Parteiprogramm der AfD genauer ansieht, der merkt ziemlich schnell, die Interessen derjenigen mit kleinen und mittleren Einkommen sucht man dort mit der Lupe. Mit anderen Worten: Die AfD gibt sich als Kämpferin für die kleinen Leute, ist aber in Wahrheit nichts weiter als ein Trojanisches Pferd für die Interessen der Großen und der russischen Gaswirtschaft.

(Beifall bei der CSU)

Sie wollen die CO_2-Bepreisung abschaffen, weil Sie die Sorge der Menschen umtreibt. – Nein. Sie wollen sie abschaffen, um den Weg zurück frei zu machen, nämlich zurück zu russischem Gas und Erdöl. Das ist kein Zufall. Das ist ein Teil eines größeren Musters; denn jedes Mal, wenn es mit unserer Unabhängigkeit in der Energiewende, mit dem Umbau hin zu erneuerbaren Energien konkret wird, dann springt die AfD wie-

der auf die Bremse und sagt: Leute, nein, so machen wir das nicht.Warum? – Ganz einfach: Weil die AfD ideologisch festgetackert ist an ewig gestrigen Strukturen. Ich frage Sie: Wie kann es denn sein, dass ausgerechnet eine Partei, die sich patriotisch nennt – das haben wir heute schon einmal gehört –, nicht Deutschlands Freiheit im Blick hat, sondern Russlands Exportbilanz?

(Zurufe von der AfD: Oh!)

Wie kann es sein, dass eine Partei, die angeblich für das Volk spricht, auf Schritt und Tritt die Interessen eines autoritären Kriegsherrn vertritt?

(Christoph Maier (AfD): Das hat mit dem Antrag doch gar nichts zu tun! – Volkmar Halbleib (SPD): Zuhören! Getroffene Hunde bellen!)

– Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich mache das jetzt ein bisschen größer, aber Sie werden es gleich hören. Ich habe Zeit; es ist nicht so, dass ich mich hier zwingen muss. Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich ganz einfach sagen: Die AfD ist nicht nur ewig gestrig, ihr seid gefährlich rückwärtsgewandt.

(Zuruf des Abgeordneten Ferdinand Mang (AfD))

Ich frage Sie: Wie dreist kann man denn eigentlich sein?

(Unruhe)

Wir als demokratische Mitte – und ich sage das ausdrücklich auch an die Kolleginnen und Kollegen von SPD, den GRÜNEN und an unseren Koalitionspartner, die FREIEN WÄHLER –, wir alle sind gefordert, diesem Spuk auch heute wieder entschlossen entgegenzutreten. Das können wir heute tun, indem wir den vorliegenden Antrag ablehnen, und das nicht nur aus politischen, sondern eben auch aus fachlichen Gründen; denn die CO_2-Bepreisung ist ein kluges marktwirtschaftliches Instrument und kein ideologisches Wunschkonzert.

(Zuruf des Abgeordneten Ferdinand Mang (AfD))

Sie sorgt dafür, dass klimaschädliches Verhalten wie der exzessive Verbrauch fossiler Brennstoffe teurer wird und klimafreundliche Alternativen wirtschaftlich attraktiver werden. Sie setzt also Anreize und ist kein Verbot. Das, meine Damen und Herren, ist genau der Weg, den wir in Bayern in der Politik gehen,

(Zuruf des Abgeordneten Ferdinand Mang (AfD))

pragmatisch, verantwortungsvoll und zukunftsgerichtet. Seit 2019 ist das Brennstoffemissionshandelsgesetz in Kraft. Es sorgt dafür, dass die CO_2-Emissionen aus dem Sektor Gebäude und Verkehr, die bislang nicht im Europäischen Emissionshandel erfasst sind, mit einem Preis versehen werden.

(Zuruf des Abgeordneten Ferdinand Mang (AfD))

Das ist keine Willkür, das ist verantwortungsvolle Steuerungspolitik. Der Preis schafft auch Klarheit für die Wirtschaft, für die Industrie, für alle, die heute schon in erneuerbare Energien, Energieeffizienz und klimafreundliche Innovationen investieren. Bayern und Deutschland verursachen nur 2 %; ja, das muss gesagt werden; da haben Sie vollkommen recht. Das ist vollkommen richtig, aber wir tragen Verantwortung.

(Lachen bei der AfD)

Dieser Verantwortung werden wir natürlich gerecht, weil wir es uns auf die Fahne geschrieben haben. Wir sind Industriestandort, wir sind Technologieführer, und wir haben eine Vorbildfunktion für ganz Europa. Wenn wir das nicht angehen, wer soll es denn sonst machen?

Auch die wirtschaftliche Vernunft spricht klar gegen den Antrag der AfD. Klimaschäden durch Extremwetterereignisse kosten uns heute schon zig Milliarden Euro.

(Zuruf des Abgeordneten Ferdinand Mang (AfD))

Wir können es uns also schlichtweg nicht leisten, den Kopf in den Sand zu stecken. Wenn wir heute auf die CO_2-Bepreisung verzichten, dann wird das späteren Genera-

tionen viel mehr Geld kosten, als wir heute möglicherweise bezahlen müssen. Die Einnahmen der CO_2-Bepreisung – das wissen Sie selbst auch; Sie haben es ja gerade vorhin selbst gesagt – fließen doch wieder zurück und werden nicht irgendwo im Nirgendwo verteilt; das bleibt hier. Sie haben selbst gesagt, das ginge dann an die Landräte und Bürgermeister. Da ist Ihre Frage: Kommt das dann wieder bei den kleinen Leuten an? – Da kommt das Geld doch wieder an, wenn es intensiv und ordentlich über Klimageld, über gezielte Entlastungen, über Investitionen gerade in die Energieinfrastruktur eingesetzt wird.

(Zuruf des Abgeordneten Ferdinand Mang (AfD))

Das stärkt nicht nur die Umwelt, das stärkt unsere Regionen, unsere ländlichen Räume, unsere Kommunen. Wer jetzt wie die AfD wieder reflexartig sagt, die Inflation komme dann wieder, dem sage ich: Ja, dann kommen wieder die Fachleute und der Sachverständigenrat; das kommt immer wieder bei euch, aber nur bei den Themen, von denen ihr glaubt, sie populistisch auf eine bestimmte Art und Weise transportieren zu können. Ihr müsst dann auch auf die anderen Fachleute hören, die sagen: Der menschengemachte Klimawandel ist einfach da.

(Widerspruch bei der AfD)

Aber das ignoriert ihr vollkommen, weil das für euch überhaupt kein Thema ist. Die Energiepreise werden laut den Experten sogar sinken, nicht die Besteuerung; da sind wir schon beieinander.

Meine Damen und Herren, die Wahrheit ist: Ohne die CO_2-Bepreisung sind unsere Klimaziele einfach nicht erreichbar. Wir haben uns im Pariser Klimaabkommen und im Klimaschutzgesetz des Bundes zur Verantwortung gegenüber den kommenden Generationen verpflichtet. Alles, was wir heute machen, machen wir nicht mehr für uns; das machen wir für die nächste und die übernächste Generation. Deshalb sage ich Ihnen noch einmal in aller Klarheit: Der Antrag der AfD ist verantwortungslos, rückwärtsgewandt und geopolitisch naiv.

(Widerspruch bei der AfD)

Er zielt auf eine Rolle rückwärts in fossile Abhängigkeit, ausgerechnet von einem Land, das unsere europäische Friedensordnung angreift.

Meine Damen und Herren, wir als CSU stehen für eine verantwortungsvolle, technologieoffene, wirtschaftsnahe Klimapolitik.

(Zuruf von der AfD: Von wegen technologieoffen!)

Nicht aus ideologischen Gründen, sondern weil es vernünftig ist, weil es Bayern zukunftssicher macht, weil es unsere Freiheit schützt; denn Freiheit im 21. Jahrhundert bedeutet auch Unabhängigkeit von autoritären Regimen, Unabhängigkeit von russischem Gas, Unabhängigkeit von politischen Erpressungen und Unabhängigkeit von fossilen Brennstoffen. Wir wollen nach Möglichkeit eine Energieversorgung, die bei uns entsteht, aus Sonne, Wind, Wasser und Biomasse, mit bayerischer Innovationskraft, mit unserer eigenen Industrie, mit unseren Stadtwerken, unseren Landwirten, unseren Bürgerinnen und Bürgern, und nicht mit Tankern aus Nowosibirsk und auch nicht mit Knebelverträgen aus Moskau.

Deshalb bitte ich Sie: Lehnen wir diesen Antrag der AfD ab. Lassen Sie nicht zu, dass ausgerechnet die Putin-Fangruppe hier im Landtag sich durchsetzt, die versucht, unsere Energiepolitik zurück in die Steinzeit zu führen. Senden wir heute ein klares Signal für Bayern, für Verantwortung, für unsere demokratische Grundordnung und für eine Energiepolitik, die unserer Heimat und unseren Kindern eine lebenswerte Zukunft gibt! – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, es gibt eine Meldung zur Zwischenbemerkung vom Kollegen Köhler.

Florian Köhler (AfD): Herr Dietz, ich will Ihnen echt nicht zu nahe treten, aber wenn ich es nicht besser wüsste, würde ich sagen: Da hat gerade Robert Habeck im Trachtenjanker seine Rede gehalten. Das ist der Sound der GRÜNEN. Also bei aller Liebe.

(Michael Hofmann (CSU): Das ist aber keine sachliche Auseinandersetzung!)

Am 9. April sagte Friedrich Merz von der CDU auf N-TV, er wolle, dass der Preis für Gas und Öl so steige, dass die Menschen vom Preis erzogen würden. Es solle sich dann nicht mehr lohnen, die alte Öl-, die alte Gasheizung zu betreiben. – Stimmen Sie dieser Aussage Ihres Bundeskanzlers zu?

Leo Dietz (CSU): Was Sie gehört haben, müssen Sie für sich ausmachen. Es gibt auf jeden Fall eine CO_2-Bepreisung, die etwas auslöst. Ich habe in überhaupt keiner Weise gesagt, dass ich das so hoch haben möchte, dass wir die Menschen über den Preis erziehen können. Das habe ich nicht gesagt. Was Friedrich Merz sagt, sagt Friedrich Merz.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Wunderbar. Also, was heißt wunderbar? – Danke.

(Allgemeine Heiterkeit)

– Auch wunderbar, dass jetzt Martin Stümpfig für die GRÜNEN spricht.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der AfD-Fraktion ist billiger Populismus und blendet wie immer die wichtigste Frage komplett aus: Was kostet es uns, wenn wir keinen Klimaschutz betreiben?

Erst kürzlich hat die Internationale Handelskammer errechnet, dass die Klimaschäden weltweit zwischen 2014 und 2023 sage und schreibe 1,7 Billionen Euro betrugen. Eine knappe halbe Billion entfiel nur auf die letzten beiden Jahre. Also wir sehen: Die

Dramatik spitzt sich immer weiter zu. Wir sprechen hier nur von den Kosten und gar nicht von dem enormen menschlichen Leid, das die Klimakatastrophen verursachen.

Sie von der AfD verschweigen diese Seite komplett. Dann schweigen Sie auch, wenn es um das Ja oder Nein von Klimaschutzmaßnahmen, wie zum Beispiel den CO_2-Preis, geht. Jahr für Jahr werden in Deutschland rund 80 Milliarden Euro für fossile Importe ausgegeben; das war die letzten 20 Jahre schon so. 2022 hatten wir einen totalen Ausreißer nach oben durch die Energiekrise; das waren 146 Milliarden Euro. Das sind Milliarden, die teilweise auch nach Russland gingen. Wenn diese Milliarden weiter Putin in den Rachen geworfen würden, hätten Sie von der AfD überhaupt keine Probleme damit. Es wäre in Ordnung für Sie, wenn Putin das Geld dann nehmen und eins zu eins in die Rüstung stecken würde. Wenn dann aber der Name CO_2-Preis draufsteht, dann ist es des Teufels. Der Teufel – das kann ich Ihnen sagen – steckt ganz woanders.

Das Geld, das durch die CO_2-Bepreisung eingenommen wird, bleibt da; da gebe ich dem Kollegen Dietz komplett recht. Das bleibt im Umlauf, das geht eben nicht zum Beispiel zu Putin oder zu anderen autokratisch regierten Staaten, sondern das bleibt bei uns. Das bleibt in Deutschland, und das muss – so sind auch die Gesetze – zu einem großen Teil dazu verwendet werden, die Erdüberhitzung auszubremsen und soziale Ungerechtigkeiten auszugleichen. Dafür brauchen wir eben das Klimageld. Dazu wird es jetzt gleich die Nachfrage geben, warum die letzte Regierung das Klimageld dann nicht eingeführt hat. – Die Antwort darauf hat genau drei Buchstaben: FDP.

Wegen der FDP konnten wir das nicht machen. Als die FDP dann ihre Verantwortung über Bord geworfen und die Regierung verlassen hat, haben GRÜNE und SPD alles unternommen, um die technischen Voraussetzungen für die Einführung eines Klimageldes auf den Weg zu bringen. Leider kam dann die nächste Bremse. Die Union hat sich aus wahltaktischen Gründen nicht überwinden können, das Geld aus dem Haushalt für ein Klimageld freizugeben.Kollege Dietz, in vielen Punkten gebe ich Ihnen recht; aber leider hat die Union das dann ausgebremst. Sonst hätten wir das

Klimageld jetzt schon. Wir haben das Klimageld nicht, wir brauchen es ganz dringend. – Seit Jahrzehnten setzen wir GRÜNE uns dafür ein, weg von einer fossilen hin zu einer erneuerbaren Energieversorgung – Elektroauto, Wärmepumpe, Nahwärmenetz, öffentlicher Personennahverkehr – zu kommen.

Die Kostenfalle eines Beibehaltens der fossilen Energien haben Sie von der AfD-Fraktion durch Ihr Hetzen gegen Klimaschutzmaßnahmen aufgestellt, und jetzt warnen Sie, dass die Menschen doch nicht in diese Kostenfalle hineinlaufen sollen. Das ist heuchlerisch ohne Ende. Da kann man wirklich nur sagen: Pfui Teufel!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Leider sehen wir aber auch bei der CDU/CSU und der SPD einen Rollback zurück zu fossilen Energien. Nach dem neuen Koalitionsvertrag werden fossile Gaskraftwerke im großen Stil in Betrieb genommen. Auch Katherina Reiche steht als Person dafür.

Das Fazit ist: Die AfD macht Populismus. Die Union blockiert, weil sie dem Machterhalt alles unterordnet. Entscheiden Sie selbst, was schlimmer ist. Auf jeden Fall haben beide nicht begriffen, dass das Wort Klimaschutz nicht bedeutet, das Klima zu schützen, sondern es bedeutet, die Gesundheit der Menschen hier im Land zu schützen, und das sozial gerecht.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die FREIEN WÄHLER spricht als Nächster der Kollege Benno Zierer.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, Herr Vizepräsident, Herr Kollege, sehr verehrte Damen und Herren! Wir kennen die Anträge der AfD mittlerweile zur Genüge. Sie fordern, das Klimagesetz, die Klimaschutzmaßnahmen und den Emissionshandel abzuschaffen,

(Zuruf von der AfD: Jawohl!)

und hoffen, dass das fossile Zeitalter so weitergeht.

(Unruhe bei der AfD)

– Ja, da sieht man, wo die Ewiggestrigen sitzen. Rührt euch nur, dann bekommen es die Leute mit. Die Ewiggestrigen sitzen dort.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sie ignorieren, dass die fossilen Energieträger immer knapper werden und dass wir auch folgenden Generationen

(Zuruf von der AfD)

Ressourcen hinterlassen müssen, mit denen sie arbeiten und auch ein vernünftiges Leben führen können. Dass diese Ressourcen knapper werden, ist eigentlich bei dem Verbrauch, der in den letzten Jahren zu verzeichnen war, ganz klar. Deshalb unterstützen wir auch grundsätzlich, dass die CO_2-Bepreisung von fossilen Brennstoffemissionen wegführt. Es ist ein einfaches und marktwirtschaftliches Instrument; aber es trifft natürlich die Bürger mit niedrigen Einkommen härter, wenn die Energiepreise steigen.

Deshalb braucht es eine Entlastung durch das Klimageld. Es ist klar, dass das Klimageld kommen muss. Das werden wir dann von der neuen Bundesregierung einfordern. Hier müssen die Entlastungen stattfinden. Was Ihren Antrag anbelangt, bleibt es bei der Ablehnung, genauso wie vor einem Jahr. Da hatten Sie bereits denselben Antrag gestellt. Der wurde von uns auch abgelehnt. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, es gibt noch eine Zwischenbemerkung. Herr Kollege Gerd Mannes hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Gerd Mannes (AfD): Herr Zierer, Sie haben jetzt gerade von Marktwirtschaft gesprochen; aber anscheinend haben Sie keine Ahnung von sozialer Marktwirtschaft. Ich erkläre Ihnen jetzt einmal die soziale Marktwirtschaft.

(Allgemeine Heiterkeit)

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Nein, danke.

Gerd Mannes (AfD): – Hören Sie zu. Hören Sie mir zu, dann lernen Sie etwas.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Auf diese geistigen Ergüsse kann ich verzichten. Entweder haben Sie eine Frage – –

Gerd Mannes (AfD): Wir machen eine Luftsteuer. – Jetzt lassen Sie mich doch bitte ausreden.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Zierer, er darf die Zwischenbemerkung machen. Also lassen wir ihn jetzt einmal reden.

Gerd Mannes (AfD): Also: Wir machen eine Luftsteuer. Das heißt, wir besteuern das CO_2 enorm.

(Volkmar Halbleib (SPD): Die heiße Luft der AfD! Da kann man vieles besteuern!)

Was passiert? – Die Arbeitsplätze gehen verloren, und das Leben wird unfinanzierbar. Wo ist da jetzt der Vorteil? – Die Menschen bekommen nichts zurück. Erklären Sie mir doch einmal, was daran wirtschaftlich sein soll. Es ist unwirtschaftlich, es ist eine Zerstörung unserer Volkswirtschaft. Nichts anderes ist das.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Bitte, Herr Kollege Zierer.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Wenn man es mit Ihrer Brille sieht, mag das so sein; aber schauen Sie sich die Entwicklung der letzten Jahre oder Jahrzehnte an. Die Industrie hat reagiert, und auch die Industrie weiß, dass sich etwas ändern muss,

(Widerspruch des Abgeordneten Gerd Mannes (AfD) – Unruhe)

und genau das ist der richtige Anreiz, um Geld zu sparen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die SPD spricht die Kollegin Anna Rasehorn.

Anna Rasehorn (SPD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleg:innen der demokratischen Fraktionen! Die Rechtsextremen

(Florian Köhler (AfD): Ich habe gedacht, wir sind eine demokratische Partei!)

fordern wieder einmal die Abschaffung der CO_2-Bepreisung in Deutschland und auch den Ausstieg aus dem Europäischen Emissionshandel. Kurz gesagt: Die AfD möchte wieder zurück in die Steinzeit, in der das Verursachen von Emissionen kostenfrei war.

(Zuruf)

Die Rechnung schicken wir dann an die Kinder und Enkelkinder. Deswegen lehnen wir den Antrag selbstverständlich ab. Er ist falsch – falsch in der Analyse, falsch in der Wirkung und fatal mit seiner Botschaft.

Heizen und Tanken sind in den letzten Jahren zum Teil teurer geworden. Die Ursache liegt aber nicht in der CO_2-Bepreisung, sondern in den weltweiten Energiekrisen, geopolitischen Verwerfungen und den fossilen Abhängigkeiten. Da haben wir auch als SPD klar erkannt: Wir wollen nicht mehr abhängig sein und müssen einen neuen Weg gehen, und dazu gehört der CO_2-Preis. Er ist kein Selbstzweck. Er ist ein Lenkungsinstrument, weil: Wer CO_2ausstößt, soll dafür zahlen; wer einspart, soll sparen

können. Damit bringen wir die größten Klimasünder an die Kasse. Wir müssen ein soziales Instrument finden, um kleine Haushalte zu entlasten. Deswegen kämpfen wir schon seit Jahren für das Klimageld und wollen damit in Gebäudesanierung, in den ÖPNV und in die Wärmewende investieren, damit das Klimageld dort ankommt, wo der Geldbeutel nicht so locker sitzt, und damit die sozial Schwächeren auch davon profitieren, dass wir Emissionen einsparen können. Aber Sie wollen das nicht.

(Zuruf von der AfD: Richtig!)

Sie wollen nämlich einfach nur, dass die Reichen immer reicher werden, dass Sie weiter emittieren können, anstatt den Wandel voranzubringen. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, deswegen sage ich: Der CO_2-Preis ist ein Baustein von vielen. Er wird nicht alles lösen; aber ohne ihn lösen wir gar nichts, und deswegen lehnen wir den Antrag ab.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Volkmar Halbleib (SPD): Sehr gutes Statement!)

Präsidentin Ilse Aigner: Damit ist die Aussprache geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz empfiehlt die Ablehnung des Dringlichkeitsantrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind CSU, FREIE WÄHLER, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Enthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.